

Analysen zu gesellschaftlicher Integration
und Desintegration

Peter Imbusch · Joris Steg *Hrsg.*

Bedrohungsanalysen

Angriffe auf PolitikerInnen,
JournalistInnen, Einsatzkräfte und
Lehrpersonen als Gefahr für die
Demokratie

Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration

Reihe herausgegeben von

Peter Imbusch, Lehrstuhl Soziologie der Politik, Universität Wuppertal,
Wuppertal, Deutschland

Wolfgang Aschauer, Abteilung Soziologie und Sozialgeographie, Universität
Salzburg, Salzburg, Österreich

In der Schriftenreihe geht es um aktuelle Herausforderungen und Probleme gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Moderne, westliche Gesellschaften verfügen zwar einerseits auf Grund ihrer Entwicklung und Ausdifferenzierung über erhebliche Integrationspotenziale, die Gesellschaften zusammenzuhalten vermögen. Andererseits sehen sie sich aber – bedingt durch die multiplen Krisen der Gegenwart – mit beträchtlichen Herausforderungen und Problemen konfrontiert, die Desintegrationsdynamiken produzieren und den sozialen Zusammenhalt unterminieren. In theoretisch-konzeptuellen sowie empirischen Beiträgen sollen anhand problematischer gesellschaftlicher Entwicklungen der Stellenwert und die Bedeutung von Integrations- und Desintegrationsprozessen analysiert, nach Integrationspotenzialen gefragt und Auswege zur Stärkung der Integrationsfähigkeit aufgezeigt werden. Die Reihe ist ursprünglich aus dem in Bielefeld von Wilhelm Heitmeyer geleiteten und von Peter Imbusch koordinierten Forschungsverbund „Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen moderner Gesellschaften“ hervorgegangen, der vom BMBF gefördert wurde. Sie wird nun von Peter Imbusch (Universität Wuppertal) und Wolfgang Aschauer (Universität Salzburg) fortgeführt, wobei länderübergreifende und vergleichende Betrachtungen gegenwärtiger Desintegrationsdynamiken eine stärkere Berücksichtigung erfahren.

Peter Imbusch · Joris Steg
(Hrsg.)

Bedrohungsanalysen

Angriffe auf PolitikerInnen,
JournalistInnen, Einsatzkräfte und
Lehrpersonen als Gefahr für die
Demokratie

Hrsg.

Peter Imbusch
Institut für Soziologie
Bergische Universität Wuppertal
Wuppertal, Deutschland

Joris Steg
Institut für Soziologie
Bergische Universität Wuppertal
Wuppertal, Deutschland

ISSN 2627-2016

ISSN 2627-2024 (electronic)

Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration

ISBN 978-3-658-48151-3

ISBN 978-3-658-48152-0 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-48152-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2025

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten. Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Vorwort

Manche Bücher haben nur eine kurze Halbwertszeit, vor allem, wenn es sich bei den Büchern um sozialwissenschaftliche Zeitdiagnosen handelt. Diese sind zum Teil schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht mehr aktuell, weil sie durch bestimmte Ereignisse, neue Daten oder wissenschaftliche Erkenntnisfortschritte bereits von der Realität überholt sind. Manche Bücher allerdings erscheinen genau zum richtigen Zeitpunkt – Ulrich Becks erfolg- und einflussreiches zeitdiagnostisches Buch über die Risikogesellschaft, das 1986 kurze Zeit vor der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl erstmals veröffentlicht wurde, etwa ist ein paradigmatisches Beispiel dafür, dass Bücher den Nerv einer Zeit genau treffen können.

Unser Buch über die Bedrohung von und Gewalt gegen öffentliche Personenkreise wie PolitikerInnen, Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und des Rettungsdienstes, Beamte sowie Angestellte in Bürokratie und Verwaltung (wie GerichtsvollzieherInnen und MitarbeiterInnen in Arbeitsagenturen und Jobcentern), JournalistInnen oder LehrerInnen und WissenschaftlerInnen behandelt eine Thematik, die leider keine kurze Halbwertszeit hat, ganz im Gegenteil. Es ist ein Thema, das bereits seit einiger Zeit verstärktes öffentliches mediales, politisches und wissenschaftliches Interesse gefunden hat, welches zudem hochaktuell geblieben ist und uns leider weiterhin beschäftigen wird – und zwar nicht nur in Wahlkampfzeiten.

Wissenschaftliche Bücher haben zudem in der Regel eine längere Ausreifungszeit. Bis ein soziales Phänomen zu einem Thema wird und bis sich dieses Thema dann in ein handhabbares Manuskript übersetzt, vergeht eine gewisse Zeit. Auch die zugrundeliegende Thematik des Buches beschäftigt uns schon längere Zeit.

Begonnen hatte alles im Sommer 2021 mit einem Anruf vom damaligen Rektor der Bergischen Universität, Lambert T. Koch, ob man sich als Konflikt- und Gewaltforscher nicht auch mit der Thematik der Gewalt gegen PolitikerInnen befasse. Es gebe da seitens der Chefredakteure der Zeitungen im Bergischen Städtedreieck eine gewisse Unruhe in Bezug auf die zunehmende Gewalt – nicht nur gegen LokalpolitikerInnen, sondern auch gegen JournalistInnen und andere öffentliche Personenkreise und AmtsträgerInnen. Der Anruf war verbunden mit der Anfrage, ob man das nicht einmal untersuchen könne, um der Sache auf den Grund zu gehen und die Situation in den Städten Wuppertal, Solingen und Remscheid genauer unter die Lupe zu nehmen.

Im Rückblick kann man heute sagen, dass diese Anfrage in mehrfacher Hinsicht genau zur richtigen Zeit kam: Auf der einen Seite gab es im stressigen Uni-Alltagsgeschäft gerade ein wenig Zeitspielraum und von der Universität auch finanzielle Unterstützung für eine eigene kleine empirische Untersuchung der Situation; auf der anderen Seite hat uns das Thema als politisch interessierte Menschen und als Wissenschaftler selbst schon lange interessiert und beschäftigt. So hatten die medialen Meldungen über Drohungen, Angriffe und Gewalt in den letzten Jahren immer stärker zugenommen, darüber hinaus waren einige profunde Untersuchungen über Gewalt gegen öffentliche Personenkreise erschienen.

Zudem wussten und wissen wir als Konflikt- und Gewaltforscher einerseits, dass Gewalt – egal welcher Art und gegen wen – immer ein Thema für die Medien ist und so die vermeintliche Zunahme der Gewalt gegen PolitikerInnen und andere öffentliche Personenkreise ggf. auch ein Wahrnehmungsartefakt aufgrund einer gestiegenen Sensibilität oder verstärkter medialer Berichterstattung sein könnte. Andererseits verdichtete sich jedoch unsere Wahrnehmung durch eine Reihe von Interviews und Hintergrundrecherchen, dass es dieses Phänomen unmöglich nur durch eine überbordende Berichterstattung in den Medien geben könnte. Aber ungewiss blieb, was genau die Gründe und gesellschaftlichen Ursachen für diese Zunahme von Gewalt gegen ganz verschiedene öffentliche Personen sein könnten. Wir sahen zwar, dass der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie auch die Proteste während der Corona-Pandemie einen Einschnitt in der Entwicklung darstellten, aber die bedrohten Personenkreise waren zu breit, als dass hier eine einfache monokausale Erklärung greifen würde. Das bedeutete zugleich, dass wir den Dingen selbst auf den Grund gehen mussten – und wollten.

Der Rest ging dann ziemlich rasch: Wir führten im Dezember 2021 eine Online-Untersuchung der Bedrohungslage von LokalpolitikerInnen im Bergischen Städtedreieck durch, wir brachten das Thema in die universitäre Lehre ein und machten ein Lehrforschungsprojekt daraus, wir stellten unsere Ergebnisse auf

verschiedenen Konferenzen und Tagungen vor und organisierten mehrere Workshops, um uns mit Kolleginnen und Kollegen aus Wissenschaft und Praxis über die Thematik und ihre Ausmaße zu verständigen. Das alles gab schließlich vor etwa einem Jahr den Anstoß, dass wir die Ergebnisse der Forschung zu dem Thema in einem Band gebündelt vorstellen wollten. Die bisherigen Untersuchungen und Publikationen konzentrieren sich in der Regel auf einzelne Gruppen durch Gewalt betroffener Personenkreise; ein Überblick mit weiteren Verweisen über die Breite der betroffenen Personenkreise fehlt jedoch. Des Weiteren war es uns wichtig, intensiver über gesellschaftliche Ursachen und historische Hintergründe sowie über die politischen und gesellschaftlichen Folgen der zunehmenden Gewalt gegen AmtsträgerInnen und andere öffentliche Personenkreise nachzudenken. Dazu mussten wir auch die in Frage kommenden Tätergruppen stärker in den Blick nehmen als das gemeinhin geschieht. Denn viel zu oft bleiben die konkreten Täter diffus, anonym oder ihre Taten unter der Schwelle der Justiziabilität, was eine Strafverfolgung schwierig macht. Nicht zuletzt haben wir unser Augenmerk auf eine ganze Reihe von Handlungsoptionen und Gegenstrategien gegen Gewalt gegenüber politischen AmtsträgerInnen und anderen öffentlichen Personen gelegt und uns Unterstützungsprogramme für einen möglichen Ausstieg aus gewaltbereiten Szenen angeschaut. So hoffen wir, dass das vorliegende Buch gute und nützliche Einsichten für einen breiten Interessentenkreis – von der Wissenschaft bis hin zur Praxis – bereithält.

Zu bedanken haben wir uns bei allen Autorinnen und Autoren, die sich an der Erstellung dieses Bandes mit ihrer Expertise beteiligt haben. Sie haben einen wichtigen Anteil am Gelingen der Konzeption eines Buches, das ein zunehmend wichtiges und für die Demokratie auch brenzliches Thema anpackt. In unserer demokratischen und liberal verfassten Gesellschaft sollten Bücher wie dieses eigentlich nicht geschrieben werden müssen.

Wuppertal
Februar 2025

Peter Imbusch
Joris Steg

Inhaltsverzeichnis

Einführung – Bedrohungen von öffentlichen Personen und Angriffe auf politische AmtsträgerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen	1
Peter Imbusch und Joris Steg	
 Grundlagen	
Was wissen wir über Gewalt gegen öffentliche Personenkreise – ein Literatureinblick	19
Peter Imbusch	
Gesellschaftliche Ursachen und Hintergründe der zunehmenden Bedrohung von öffentlichen Personenkreisen	71
Peter Imbusch und Joris Steg	
 Empirische Untersuchungen	
Gewalt, Hetze und Hass gegen Kommunalpolitikerinnen und -politiker: Ergebnisse einer Befragung hessischer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Erkenntnisse aus weiteren Befragungsstudien	99
Frederik Herden und Tim Pfeiffer	
Bedrohung von und Gewalt gegen KommunalpolitikerInnen. Eine Studie im Bergischen Städtedreieck	123
Peter Imbusch und Joris Steg	

Verschärfte Schieflagen politischer Repräsentation in Bedrohungslagen	143
Andreas Blätte, Laura Dinnebier und Merve Schmitz-Vardar	
Gewalt gegen politische Mandatsträger:innen	155
Joachim Häfele und Eva Groß	
Gewalt gegen Journalist:innen	173
Patrick Peltz und Andreas Lamm	
Bedrohungen von Journalist*innen	197
Katharina Viktoria Weiß und Anja Osterhaus	
Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in Deutschland	213
Thomas Görgen und Lara Textores	
Gewalt gegen die Polizei – Ausgewählte internationale Befunde	235
Tim Lukas und Jacqueline Désirée Oppers	
Prävention von Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und der Rettungsdienste	253
Thomas Feltes und Marvin Weigert	
Gewaltformen gegen Lehrerinnen und Lehrer	267
Britta Bannenberg	
Wie frei ist Wissenschaft in Deutschland? Eine explorative Skizze aktueller Bedrohungsszenarien	285
Lambert T. Koch	
Bedrohung von Forschenden – Epistemische Einschüchterung	299
Anna Leuschner	
Internationale Aspekte	
Zwischen Wut auf „die da oben“ und Jagd auf Sündenböcke: Öffentliche Personen in der Schweiz als Zielscheibe von Hass und Gewalt	315
Michael Nollert	

Täterstrukturen und -kontexte

„Novemberverbrecher“ und „Volksverräter“ – Tödliche und potenziell tödliche rechtsextreme Gewalt gegen Politiker in Deutschland	343
--	-----

Lotta Mayer

Bedrohungen und Gewalt von rechts	361
--	-----

Fabian Virchow

Bedrohliche „Querfront“ – Gefährdung öffentlicher Personen durch Protestbewegungen „besorgter Bürger“	373
--	-----

Valerie Müller-Huschke

Autoritäre und libertär-autoritäre Charaktere – gewaltaffin und antidemokratisch	387
---	-----

Peter Imbusch

Digitale Identitäten und Rechtsextremismus – Soziale Medien als Radikalisierungsraum	397
---	-----

Rebecca Endtricht

Handlungsoptionen, Gegenstrategien, Unterstützungsprogramme

Das ‚Kommunale Monitoring‘ – Eine Plattform für Gehör und Sichtbarkeit	415
---	-----

Kirsten Eberspach und Sarah Bitschnau

Die <i>Starke Stelle</i> – Beratung und Orientierungshilfe gegen Gewalt im Amt	423
---	-----

Marcus Kober

Stark im Amt – das Portal mit Hilfsangeboten für Amts- und Mandatstragende	429
---	-----

Sven Tetzlaff

Das Präventionsnetzwerk „Sicher im Dienst“ – Ein Zeichen gegen Gewalt	437
--	-----

Josua Schneider

Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst (InGe)	449
--	-----

David Czudnochowski, Ines Hohendorf, Markus Jenki,
Franziska Müller und Moritz Zemann

„Wie komm‘ ich da wieder raus?“ – Unterstützungsangebote für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene	459
Alina Neitzert	
Bildung gegen die Bedrohung? Ein Plädoyer für Aufklärung und Auseinandersetzung angesichts der gegenwärtigen Bedrohungslagen	471
Fabian Kessl	
Repression, der richtige Schlüssel – man muss ihn nur nutzen	485
Rainer Wendt	
 Resümee	
Bedrohungen von und Gewalt gegen öffentliche Personen als Gefahr für die Demokratie	493
Peter Imbusch und Joris Steg	

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren

Peter Imbusch, Prof. Dr., ist Professor für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Bergischen Universität Wuppertal. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich von Macht und Herrschaft, sozialer Ungleichheit, Eliten, sozialen Konflikten und Gewalt. Ausgewählte Publikationen: Legitimationen politischer Gewalt, Bd. I: Theoretisch-konzeptionelle Perspektiven (i.E. 2025); Soziologie der Eliten, Wiesbaden (i.E. 2025); Soziologie der Hinterhältigkeit, Weinheim 2021 (Hrsg.); Konflikte beim Kranich. Die Tarifverhandlungen der Lufthansa – Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/M. 2021 (zus. mit J. Steg); Moderne und Gewalt. Zivilisationstheoretische Perspektiven auf das 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2005.

Joris Steg, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Bergischen Universität Wuppertal. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind soziologische Theorie, Politische Ökonomie, Krisen- und Kapitalismustheorie, sozialer Wandel und soziale Ungleichheit. Ausgewählte Publikationen: Der Staat in der Krise, Baden-Baden 2024 (Hrsg.); Krisen und Soziologie, Weinheim 2023 (Hrsg. gem. mit J. Kiess, J. Preunkert und M. Seeliger); Was heißt eigentlich Krise? in: Soziologie, 49. Jg., Heft 4/2020, S. 423–435.

Britta Bannenberg, Prof. Dr., Professorin für Kriminologie an der JLU Gießen; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Gewalt, Tötungsdelikte, Amok und Bedrohungsmanagement, Organisierte Kriminalität, Kriminalprävention. Ausgewählte Publikationen: Clankriminalität – Clanstrukturen, in: F. Richter (Hrsg.): Phänomen Clankriminalität. Grundlagen, Bekämpfungsstrategien, Perspektiven,

Stuttgart 2022, S. 69–83; Beratungsnetz Amokprävention und polizeiliche Gefährdungseinschätzung – Notwendigkeit eines Bedrohungsmanagements, in: der kriminalist 6/2022, S. 5–12; Gewalt gegen Amtsträger, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Im Dienst der Gesellschaft, 71. Jg., Heft 13–15, 2021, S. 27–34; Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen, 2021 (zus. mit D. Erb und T. Pfeiffer); Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Freien Demokraten: Gewalt gegen die hessische Zivilgesellschaft – Anhörung zu Ursachen, Entwicklungen und Maßnahmen gegen Bedrohung, Hass und Übergriffe, Drucksache 20/2531, Hessischer Landtag, Anhörung am 27. August 2020.

Sarah Bitschnau, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Verbundprojekt ‚Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung‘ (MOTRA) an der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich von phänomenübergreifender Radikalisierung und Extremismus sowie politisch motivierter Kriminalität. Ausgewählte Publikationen: Radikalität im Spiegel politisch motivierter Kriminalität. Eine Sozialraumanalyse auf Kreisebene – erste deskriptiv-explorative Analysen, in: MOTRA-Monitor 2021, Wiesbaden 2022, S. 154–187 (zus. mit S. Michaelis, D. Bretsch und U. Kemmesies); Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023, MOTRA-Spotlight 04/2024 (zus. mit K. Eberspach).

Andreas Blätte, Prof. Dr., ist Professor für Public Policy und Landespolitik an der Universität Duisburg-Essen. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte umfassen Migrations- und Diversitätspolitik, Demokratie- und Repräsentationsforschung sowie Methoden der Computational Social Sciences. Ausgewählte Publikationen: Die prekäre Repräsentation von Vielfalt in den Konfliktlagen der Transformationsgesellschaft, in: Regieren in der Transformationsgesellschaft, 2023, S. 261–268 (zus. mit L. Dinnebie und M. Schmitz-Vardar); Vielfältige Repräsentation unter Druck. Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik, Berlin, 2022 (zus. mit L. Dinnebie und M. Schmitz-Vardar); Die Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2021. Ergebnisse des Open Expert Surveys, in: Politische Vierteljahresschrift, 63. Jg., Heft 1/2022, S. 53–72 (zus. mit M. Jankowski, A.-S. Kurella, C. Stecker, T. Bräuninger, M. Debus, J. Müller und S. Pickel); „Seit Köln“, und „nach Chemnitz“ – Schlüsselereignisse im parlamentarischen Diskurs, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 15. Jg., Heft 1/2021, S. 39–80 (zus. mit T. Weiß, M. König, C. Stecker, J. Müller

und M. Lewandowsky); *New Parties, Populism, and Parliamentary Polarization. Evidence from Plenary Debates in the German Bundestag*, in: *The Palgrave Handbook of Populism*, London, 2021, S. 611–627 (zus. mit M. Lewandowsky, J. Schwanholz und C. Leonhardt).

David Czudnochowski, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sächsischen Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung an der Hochschule der Sächsischen Polizei und war zuvor am CSS der Universität Freiburg im Projekt InGe tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen empirische Polizeiforschung, Kriminologie und Wissenssoziologie.

Laura Dinnebier, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte umfassen die Themen Migrationspolitik, politische Repräsentation und Repräsentationsbeziehungen in postmigrantischen Gesellschaften. Ausgewählte Publikationen: *Citizens' Preferences for Gender, Social Class and Ethnic Representation in Germany*, in: *Representation*, 2025, S. 1–20 (zus. mit N. Himmelrath, S. Tosson, D. Schüle); *Parteien, Politiker*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen – durch wen fühlen sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland repräsentiert?* DeZIMinutes #12, Berlin, 2023 (zus. mit N. Himmelrath und S. Tosson); *Die prekäre Repräsentation von Vielfalt in den Konfliktlagen der Transformationsgesellschaft*, in: *Regieren in der Transformationsgesellschaft*, 2023, S. 261–268 (zus. mit A. Blätte und M. Schmitz-Vardar); *Vielfältige Repräsentation unter Druck. Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik*, Berlin, 2022 (zus. mit A. Blätte und M. Schmitz-Vardar); *Migrationsforschung (inter)disziplinär. Eine anwendungsorientierte Einführung*, Bielefeld, 2022 (Hrsg. gem. mit M. Schmitz-Vardar, A. Rumpel und A. Graevskaia).

Kirsten Eberspach, M.A., ist Leiterin des Sachgebiets „Extremismusprävention“ an der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des phänomenübergreifenden Extremismus und Radikalisierungsgeschehens sowie der Hasskriminalität, insbesondere der Frage, wie man dem Phänomen auf kommunaler Ebene präventiv begegnen kann. Ausgewählte Publikation: *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung – Herbstbefragung 2021*, in: *MOTRA-Monitor 2021*, Wiesbaden 2022, S. 135–153 (zus. mit S. Bitschnau und U. Kemmesies).

Rebecca Endtricht, M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie der Universität Hamburg im Forschungsbereich MOTRA. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Kollektive Identitäten und deren Bedrohung, Vorurteile und Intoleranz, politische Ideologien und extremistische Einstellungen. Ausgewählte Publikationen: Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland: Entwicklungen seit 2021. Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH, in: MOTRA-Monitor 2022, Wiesbaden 2023, S. 68–109 (zus. mit K. Brettfeld, D. Farren, J.M.K. Fischer, J. Kleinschnittger und P. Wetzels); Die Komplexität kollektiver Identitäten – Konzeptionelles Modell und explorative Analysen zur Bestimmung von Identitätsmustern in der deutschen Gesellschaft, WiSo-HH Working Paper Series, Nr. 82, Hamburg 2024; Politische Gewaltakzeptanz als Folge von Ausgrenzungserlebnissen und negativen Emotionen bei Angehörigen der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, in: Rechtspsychologie, Vol. 9, Nr. 3, 2023, S. 319–345.

Thomas Feltes, Prof. Dr., Jurist und Erziehungswissenschaftler; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte im Bereich Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft; Tätigkeit als Strafverteidiger und Gutachter. Herausgeber des „Polizei-Newsletter“, www.thomasfeltes.de, www.polizei-newsletter.de.

Thomas Görgen, Prof. Dr., Dipl.-Psych., Gastprofessor an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster im Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Gewaltphänomene in engen sozialen Beziehungen, Viktimisierungserfahrungen vulnerabler Gruppen, insbesondere hochaltriger und pflegebedürftiger Menschen, Radikalisierung und Extremismus und deren Prävention. Ausgewählte Veröffentlichungen: Gewalt in der Pflege entgegenwirken, in: P. Gellert/H.W. Wahl (Hrsg.): Interventionsgerontologie. 100 Schlüsselbegriffe für Forschung, Lehre und Praxis, Stuttgart 2024; Stärkung der Zusammenarbeit von Polizei und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus, BMI, Berlin 2024 (zus. mit A. Beelmann/D. Kudlacek/S. Lutterbach./A. Arnold/J. Gerlach/P. Naujoks/T. Vrdoljak); Intimate Partner Homicide. Risk Constellations in Separation Conflicts and Points of Intervention for the Police, in: Policing. A Journal of Policy and Practice, 18, 2024, (zus. mit S. Horn/C. Vogt/C. Wüller).

Eva Groß, Prof. Dr., ist seit 2018 Professorin für Kriminologie und Soziologie an der Hochschule der Akademie der Polizei in Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, vorurteilsmotivierte Kriminalität (Hasskriminalität), Viktimisierung/Dunkelfeld, (Online-)Radikalisierung,

empirische Polizeiforschung, Kriminalitätswahrnehmungen, Ökonomisierung des Sozialen, institutionelle Anomie und soziale Ungleichheit. Ausgewählte Publikationen: Echtzeiten rechter Radikalisierung. Ein Überblick zum Erkenntnisstand rechtsgerichteter Online-Radikalisierung, in: F. Virchow/A. Hoffstadt/C. Heß/A. Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2024; Rechtsextreme Meme. Eine praxisorientierte Einführung für die Ausbildung in Polizei und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2024 (zus. mit G. Terizakis, V. Knoop, K. Denker, J. Häfele und D. Pollich); Autoritärer Nationalradikalismus, Xenophobie und kriminalitätsbezogene (Un-)Sicherheitsgefühle. Eine Mehrebenenanalyse, in: Soziale Probleme, 34. Jg., Heft 2, 2023, S. 351–378 (zus. mit H. Hirtenlehner, J. Häfele und S. Kanis); Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus, in: A. Zick/B. Küpper (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023, Berlin, S. 243–257 (zus. mit A. Hövermann und A. Nickel).

Joachim Häfele, Prof. Dr., ist Professor für Kriminalwissenschaften an der Polizeiakademie Niedersachsen. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen u. a. in den Bereichen Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Hasskriminalität, Antisemitismus, Intoleranzen in urbanen Räumen und empirische Polizeiforschung. Ausgewählte aktuelle Publikationen: Rechtsextreme Meme. Eine praxisorientierte Einführung für die Ausbildung in Polizei und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2024 (zus. mit G. Terizakis, V. Knoop, K. Denker, E. Groß und D. Pollich); Autoritärer Nationalradikalismus und kriminalitätsbezogene (Un-)Sicherheitsgefühle. Eine Mehrebenenanalyse, in: Soziale Probleme, 34. Jg., Heft 2, S. 351–378 (zus. mit Eva Groß, Helmut Hirtenlehner und Stefan Kanis). Verschwörung, Ablehnung, Gewalt. Transdisziplinäre Perspektiven auf gruppenbezogene Aggression und Intoleranz, Wiesbaden 2020 (Hrsg. zus. mit B. Bogerts und B. Schmidt).

Frederik Herden, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Kriminologie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem im Bereich der Kriminalprävention. Ausgewählte Publikation: Kriminalität und ortsbezogene Unsicherheitsgefühle im kommunalen Raum, Münster 2023.

Ines Hohendorf, Dr. rer. soc., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Gewaltprävention, kommunale und städtebauliche

Kriminalprävention sowie Partnergewalt. Ausgewählte Publikationen: Intimate Partner Violence in Germany before and during the COVID-19 Pandemic. A Gender Perspective, in: Temida, Vol. 26, No. 2, 2023, S. 189–210 (zus. mit R. Haverkamp); Sicherheit im Ludwigsburger Bahnhofsviertel (SiLber), in: Forum Kriminalprävention 04/2021, S. 12–14 (zus. mit M. Faigle, L. Härle und I. Hennen); SiBa Werkzeugkasten der (Kriminal-)Prävention, Tübingen 2020 (zus. mit R. Haverkamp, M. Hecker und I. Hennen).

Markus Jenki, M.A., arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Security and Society (CSS) der Universität Freiburg mit einem Schwerpunkt in der empirischen Methodik im Bereich Sicherheitsforschung, der Evaluation von Sicherheitsübungen und -einsätzen sowie der Organisationsanalyse. Publikationen sind u. a.: Organisationen und Experten des Notfalls. Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten, 2014, (hrsg. zus. mit N. Ellebrecht und S. Kaufmann).

Fabian Kessl, Prof. Dr., ist Professor für Sozialpädagogik mit sozialpolitischen Grundlagen am Institut für Erziehungswissenschaft der Bergischen Universität Wuppertal. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der (De)Institutionalisierung von Bildung und Erziehung sowie in der Analyse der wohlfahrtsstaatlichen Transformation in diesen Feldern. Ausgewählte Publikationen: (De)Institutionalisierung von Bildung und Erziehung, Frankfurt/M. 2024 (zus. mit R. Casale, N. Pfaff, M. Richter und A. Tervoore); Armutsdiskurse, Bielefeld 2024 (zus. mit A. Kerle und A. Knecht); Mitleidsökonomie, Weinheim 2024 (zus. mit H. Schoneville).

Marcus Kober, ist Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die kommunale Prävention und Evaluation. Ausgewählte Publikationen: Evaluation in der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit, in: S. Benz / G. Sotiriadis (Hrsg.): Deradikalisierung und Distanzierung auf dem Gebiet des islamistischen Extremismus. Erkenntnisse der Theorie – Erfahrungen aus der Praxis, Wiesbaden 2023, S. 431–445 (zus. mit J. Junk); Prävention mit Plan. Kommunale Sicherheitsanalysen unterstützen rationale Präventionsplanung, in: Forum Kriminalprävention 3/2023, S. 22–25.

Lambert T. Koch, Prof. Dr. Dr. h.c., ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftswissenschaft, insbesondere Unternehmertum, Innovation und Transformation

an der Schumpeter School of Business and Economics der Bergischen Universität Wuppertal. Als deren langjähriger Rektor und jetziger Präsident des Deutschen Hochschulverbandes (Bonn) befasst er sich neben ökonomischen auch mit hochschulpolitischen und -managementlichen Themen. Unter seinen jüngsten Veröffentlichungen findet sich u. a.: Transformative Wirtschaftspolitik – die Nachhaltigkeitswende gestalten, München 2024 (zus. mit H.A. Frambach); Shaping Great Transformations in Germany: The Role of Youth Entrepreneurship Education (YEE), in: J. Block et al. (Eds.): Progress in Entrepreneurship Education and Training, Heidelberg 2023, S. 13–31 (zus. mit U. Braukmann und D. Bartsch); Evolution der Kooperation in der Hochschullandschaft. Treiber – Effekte – Flankierung, in: A. Freimuth/I. Gabriel/W. Kreutz-Gers/A. Speer (Hrsg.): Hochschulautonomie. Spielräume und Verantwortung, Köln 2022, S. 141–160.

Andreas Lamm, ist Mitglied der Geschäftsführung des 2015 gegründeten Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF). In seiner Funktion als Managing Director trägt er maßgeblich zur Entwicklung und Umsetzung der langfristigen Organisationsstrategie der NGO bei. Mit seinem Engagement setzt er sich für Medienfreiheit und den Schutz von Medienschaffenden in ganz Europa ein. Bevor er seine Tätigkeit beim ECPMF aufnahm, war Andreas Lamm acht Jahre als Dozent für Visuellen Journalismus an der Abteilung Journalistik des IfKMW an der Universität Leipzig tätig. Sein akademischer Hintergrund umfasst Kommunikations- und Medienwissenschaften, Amerikanistik sowie Psychologie.

Anna Leuschner, Prof. Dr., ist Professorin für Wissenschaftsphilosophie an der Bergischen Universität Wuppertal. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, insbesondere mit der zunehmenden Wissenschaftsfeindlichkeit und dem damit verbundenen Vertrauensverlust in die Wissenschaft in demokratischen Gesellschaften. Ausgewählte Publikationen: How Dissent on Gender Bias in Academia Affects Science and Society. Learning from the Case of Climate Change Denial, in: Philosophy of Science, Vol. 88, 2021, S. 573–593 (zus. mit M. Fernández Pinto); Is It Appropriate to ‚Target‘ Inappropriate Dissent? On the Normative Consequences of Climate Skepticism, in: Synthese, Vol. 195, No. 3, 2018, S. 1255–1271; Climate Skepticism and the Manufacture of Doubt. Can Dissent in Science be Epistemically Detrimental? in: European Journal for Philosophy of Science, Vol. 5, No. 3, 2015, S. 261–278 (zus. mit J. Biddle).

Tim Lukas, Dr., ist Akademischer Oberrat und Leiter der Forschungsgruppe ‚Räumliche Kontexte von Risiko und Sicherheit‘ im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal. Die Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeit liegen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Sicherheitsforschung und der empirischen Polizeiforschung. Ausgewählte Publikationen: Local Cultures of Control, Order Maintenance Policing, and Gentrification, in: Journal of Urban Affairs, 2023 (zus. mit J. Üblacker); Angsträume wohnungsloser Menschen, in: F. Sowa (Hrsg.): Figurationen der Wohnungsnot, 2022 (zus. mit K. Hauprich); Diskriminierung im Strafrecht, in A. Scherr/A. El-Mafaalani/A.C. Reinhardt (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung, 2022 (zus. mit R. Haverkamp).

Lotta Mayer, Dr., ist Nachwuchsgruppenleiterin am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg und forscht theoretisch sowie empirisch zu Konflikt, Gewalt, Krieg und Rechtsextremismus. Ausgewählte Publikationen: Akephale Konfliktkonstellationen in der verstaatlichten Gegenwart und die Frage nach der Einhegung von Gewalt: eine Skizze, in: M. Jung (Hrsg.): Konfliktvermeidung und Konfliktbeilegung in Gesellschaften ohne Zentralgewalt, Würzburg 2024; The Public and Its Disputes. Ein Essay zu einer pragmatistisch fundierten konfliktsoziologischen Perspektive auf Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für theoretische Soziologie, Heft 2, 2022; Krieg in der Ukraine. Hintergründe – Positionen – Reaktionen (hrsg. zus. mit I.-J. Werkner und M. Krüger), Heidelberg 2022; Konfliktodynamiken – Kriegsdynamiken. Zur Konstitution und Eskalation innergesellschaftlicher Konflikte, Bielefeld 2019.

Franziska Müller, PORin, ist Polizeibeamtin und Leiterin der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen bei der Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, der kommunalen und städtebaulichen Kriminalprävention und der Jugendkriminalität.

Valerie Müller-Huschke, MA., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Sie studierte Medizin und Soziologie in Heidelberg, Frankfurt/O. und Paris und forscht zur performativen und räumlichen Dimension von sozialen Bewegungen. In ihrer Masterarbeit analysierte sie die dramaturgische Struktur der Corona-Protestspaziergänge.

Alina Neitzert, Dr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Ihre Arbeits- und

Forschungsschwerpunkte sind Radikalisierung und Prävention in unterschiedlichen Phänomenbereichen sowie Migration und Integration, insbesondere im deutsch-türkischen Kontext. Ausgewählte Publikationen: Die Landschaft der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit auf dem Gebiet des islamistischen Extremismus in Deutschland, in: S. Benz / G. Sotiriadis (Hrsg.): Deradikalisierung und Distanzierung auf dem Gebiet des islamistischen Extremismus, Wiesbaden 2023, S. 33–51 (zus. mit T. Röing); Ausstiegsarbeit gegen Extremismus in Nordrhein-Westfalen: Eine vergleichende Analyse, BICC Working Paper 2/2021, Bonn; Haftanstalten als Orte der Radikalisierungsprävention? Herausforderungen und Bedarfe der Präventionsarbeit in Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens, BICC Working Paper 5/2021, Bonn (zus. mit M. Döring, T. Röing und M. von Boemcken).

Michael Nollert, Prof. em. Dr., ist emeritierter Professor für Sozialpolitik und Soziologie am Departement Sozialarbeit, Sozialpolitik und globale Entwicklung der Universität Freiburg (Schweiz). Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale Ungleichheiten, soziale Netzwerke, soziale Konflikte und Identitätspolitik. Ausgewählte Publikationen: Kreuzung sozialer Kreise. Rezeption und Aktualität, in: C. Stegbauer / R. Häußling (Hrsg.): Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2023; Social Cohesion through Outside Threats and Multiple Identities. Simmel's Legacy in the Analysis of Social Conflicts, in: P. Caetano / M.M. Mendes (Eds.): Simmel and Beyond, London, New York 2022; Religion, the Public Sphere, and Identity Politics. How a Radical Muslim Organization Defies the Populist Right in Switzerland, in: European Societies, Vol. 19, No. 5, 2017 (zus. mit A. Sheikhzadegan); Participation and Sharing, or Peaceful Co-existence? Visions of Integration among Muslims in Switzerland, in: Social Inclusion, Vol. 4, No. 2, 2016 (zus. mit A. Sheikhzadegan); High-level Lobbying und Agenda Setting. Der European Roundtable of Industrialists, in: B. Wendt et al. (Hrsg.): Wie Eliten Macht organisieren, Hamburg 2016.

Jacqueline Désirée Oppers, M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal. Dort bearbeitete sie das Forschungsprojekt „Entwicklung eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms zur Förderung des wechselseitigen Verständnisses von Polizei, Ordnungsdienst und Stadtgesellschaft (EQAL)“. Im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Arbeit beschäftigt sie sich vorwiegend mit den sozialräumlichen Bedingungen von Polizeivertrauen. Ihr Forschungsinteresse gilt darüber hinaus methodischen Fragen an der Schnittstelle von empirischer Sicherheits- und Polizeiforschung. Ausgewählte

Publikationen: Polizeivertrauen und Partnerschaftsgewalt, in: Forum Kriminalprävention, 2025 (zus. mit T. Lukas); Polizei – Ordnungsdienst – Bürger:innen. Entwicklung eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms (EQAL), in: Transforming Cities, 2024 (zus. mit T. Lukas und N. Kollek); Aktuelle Erkenntnisse zum öffentlichen Vertrauen in Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, in: Sicher ist sicher, 2024 (zus. mit F. Müller und T. Lukas).

Anja Osterhaus, ist seit April 2024 Geschäftsführerin für Politik und Strategie bei Reporter ohne Grenzen (RSF). Sie ist Politikwissenschaftlerin und hat für internationale zivilgesellschaftliche Organisationen in Brüssel, Berlin und Heidelberg gearbeitet. Ihre Expertise umfasst Menschenrechte, Entwicklungs- und Handelspolitik, Anti-Korruption und Humanitäre Hilfe. Zu ihren Publikationen zählen: Business Unusual. Successes and Challenges of Fair Trade, 2006; Alternative to Silence. Whistleblower Protection in 10 European Countries, 2009; sowie zahlreiche Artikel und Beiträge in Fachzeitschriften.

Patrick Peltz, arbeitet als Referent für Monitoring und Forschung beim ECPMF. Er ist verantwortlich für die jährliche Studie „Feindbild Journalist:in“, die Verletzungen der Medienfreiheit in Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf physische Angriffe auf Journalisten untersucht. Zudem promoviert er in Vergleichender Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Zuvor war er Gastwissenschaftler am Kellogg Institute for International Studies der University of Notre Dame, Projektpartner für Deutschland im Projekt „Exceptional Powers in Times of SARS-COV-2“ der Universität Groningen und studentischer Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg.

Tim Pfeiffer, Dipl. Jur./B.A., ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Kriminologie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Polizeiforschung, experimentelle Wirkungsforschung, Bevölkerungsbefragungen, Verbrechensforschung, Gewaltphänomene und Kriminalprävention. Ausgewählte Publikationen: Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Kassel – eine randomisierte Kontrollstudie, in: Stadtforschung und Statistik, 37. Jg., Heft 1/2024, S. 36–45 (zus. mit B. Schippers); Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen. Studie zur Gewaltbetroffenheit, Gießen 2021 (zus. mit B. Bannenberg und D. Erb); Städtebauliche Kriminalprävention auf Evidenzbasis. Vorläufige Erfahrungen mit Kommunen im Rahmen der hessischen Sicherheitsinitiative KOMPASS, in: Forum Kriminalprävention, Heft 1/2020, S. 21–24 (zus. mit B. Bannenberg, D. Erb und F. Herden).

Merve Schmitz-Vardar, Dr., ist Geschäftsführerin des Interdisziplinären Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM) an der Universität Duisburg-Essen. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte umfassen politische Kultur- und Demokratieforschung, Integrations- und Migrationsforschung, Vorurteils- und Rassismusforschung, Intergruppenbeziehungen, (vergleichende) Methoden der empirischen Sozialforschung und die Forschung zu politischen Einstellungen. Ausgewählte Publikationen: Politische Kultur als Migrationsforschung, Wiesbaden, 2024; Muslim:innenfeindliche Demokratieferne. Zur autoritären Dynamik antimuslimischer Einstellungen und ihrem gesellschaftlichen Radikalisierungspotenzial, in: Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung, Wiesbaden, 2023, S. 261–291 (zus. mit C. Öztürk, S. Pickel, O. Decker und G. Pickel); Die prekäre Repräsentation von Vielfalt in den Konfliktlagen der Transformationsgesellschaft, in: Regieren in der Transformationsgesellschaft, 2023, S. 261–268 (zus. mit A. Blätte und L. Dinnebir); Vielfältige Repräsentation unter Druck. Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik, Berlin, 2022 (zus. mit A. Blätte und L. Dinnebir); Migrationsforschung (inter)disziplinär. Eine anwendungsorientierte Einführung, Bielefeld, 2022 (Hrsg. gem. mit A. Rumpel, A. Graevskaia und L. Dinnebir).

Josua Schneider, Dr., Regierungsrat, ist hauptamtlicher Lehrender für die Fächer Soziologie, Interkulturelle Kompetenz und Training Soziale Kompetenzen an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) am Standort Aachen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Diskurs- und Narrativforschung, Legitimationen von Gewalt, Polizeivertrauen, Friedens- und Konfliktforschung. Ausgewählte Publikationen: War on Terror revisited? Das War on Terror-Narrativ als Legitimationsquelle des Syrieneinsatzes im bundesdeutschen Diskurs nach den Terroranschlägen von Paris, in: ZeFKo Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, Jg. 7, 2018, Heft 2, S. 246–277 (zus. mit J. Hiller); Beobachten und Melden – Denunziation als hinterhältiges Handeln, in: P. Imbusch (Hrsg.). Soziologie der Hinterhältigkeit, Weinheim, 2021, S. 258–279; „Die Arktis brennt“ – Zur verlorenen Zukunft in Katastrophennarrativen von Klimaprotestbewegungen, in: J. Zilles / E. Drewing / J. Janik (Hrsg.): Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt, Bielefeld 2022, (zus. mit N. Freier); Frieden ist schwieriger als Krieg – Die Bedeutung von narrativen (De-)Legitimationsstrategien in vertrackten bewaffneten Konflikten und deren Bearbeitung am Beispiel des kolumbianischen Bürgerkrieges, Wiesbaden 2022; Polizeivertrauen in diversitätsgeprägten Stadtquartieren. Entwicklung eines quartiersbezogenen Austausch- und Lernprogramms zur Förderung des

wechselseitigen Verständnisses von Polizei, Ordnungsdienst und Stadtgesellschaft (EQAL), in: Forum Kriminalprävention, 1, 2023, S. 20–22 (zus. mit T. Lukas).

Sven Tetzlaff, M.A. ist Sozial- und Wirtschaftshistoriker und leitet den Bereich Demokratie und Zusammenhalt der Körber-Stiftung. Schwerpunkte des Bereichs sind Programme zur Stärkung von Mandatsträgerinnen und -trägern, zur Verbesserung der kommunalen Gesprächskultur sowie niedrigschwellige Angebote zur Bürgerbeteiligung. Verschiedene Veröffentlichungen zu diesen Themen in kommunalen Fachzeitschriften. Ausgewählte Publikation: Handbuch Schülerwettbewerbe zur Demokratiebildung, Frankfurt/M. 2018 (Hrsg. zus. mit W. Beutel).

Lara Textores, Soziologin (M. Sc.), ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind u. a. Gewalt im sozialen Nahraum (insbesondere Femizide), Jugenddelinquenz und Kriminalprävention. Ausgewählte Publikationen: Delinquenz im höheren Lebensalter – zur Genese eines ‚kontraintuitiven Phänomens‘, in: C. Ghanem/U. Hostettler/F. Wilde (Hrsg.): Alter, Delinquenz und Inhaftierung, Wiesbaden 2023 (zus. mit T. Görgen).

Fabian Virchow, Prof. Dr., ist Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns sowie Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind Weltanschauung, Geschichte und politische (Gewalt)Praxis der populistischen und extremen Rechten sowie Praktiken der Erinnerung an rechte Gewalt (www.doing-memory.de). Ausgewählte Publikationen: Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme, München 2024 (hrsg. zus. mit M. Quent); Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2023 (hrsg. zus. mit H. Puls); Rechte Gewalt erzählen. Doing Memory in Literatur, Theater und Film, Stuttgart/Weimar 2021 (hrsg. zus. mit M.N. Lorenz und T. Thomas); Erinnerungskultur im Strukturwandel der Öffentlichkeit. Zu Politiken des Zuhörens als Doing Memory in digitalisierten Öffentlichkeiten, in: M. Seeliger / S. Seignami (Hrsg.): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? in: Sonderband Leviathan 2021 (zus. mit T. Thomas); Nicht nur der NSU – Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, 2. überarb. u. akt. Aufl., LpB Thüringen, Erfurt 2020.

Marvin Weigert, Dr., Jurist und bis 2022 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kriminologie an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum (Prof. Dr. T. Feltes/Prof. Dr. T. Singelstein). Im Rahmen seiner Dissertation befasste er sich mit Übergriffen auf Rettungskräfte als Gewaltphänomen; aktuelle Publikation: Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und der Rettungsdienste. Prävalenz, Phänomenologie und Präventionsmaßnahmen – Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt/M. 2021.

Katharina Viktoria Weiß, ist Pressereferentin bei Reporter ohne Grenzen (RSF) und freie Journalistin. In der Vergangenheit arbeitete sie unter anderem für den Stern, Tagesspiegel oder den rbb. Als Kulturanthropologin forschte sie an der Humboldt Universität zu Populärkulturen und Emotionspraktiken. Bei RSF ist sie Expertin für Übergriffe auf Medienschaffende in Deutschland. Zudem betreut sie in weiten Teilen des europäischen Kontinents ein Netzwerk von Journalisten und überwacht die Situation der Pressefreiheit in der Türkei. Ausgewählte Publikation: Das Vergnügen der Vintage Virtuosen, in: Mediated Pasts – Popular Pleasures. Medien und Praktiken populärkulturellen Erinnerns. Kulturen populärer Unterhaltung und Vergnügung, 2020, S. 111–124.

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Präsident der Europäischen Polizei Union (EPU), Mitglied des Bundesvorstandes des dbb Beamtenbund und Tarifunion (DBB). Veröffentlichungen: Deutschland in Gefahr – Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt, München 2016; Deutschland wird abgehängt – Ein Lagebericht, München 2019; Schlussakkord Deutschland – Warum unsere Demokratie gefährdet ist und der Staat seine Bürger und die Polizei im Stich lässt, Potsdam 2018; Mitautor von „Frau Merkel hat mich eingeladen“!? Impulse für eine offene Debatte in der Flüchtlingsfrage, Münster 2017 (hrsg. von H. Stattberger).

Moritz Zemann, Dr. rer. nat., arbeitet als Berater und Projektleiter bei der Firma Disy Informationssysteme GmbH (Karlsruhe) in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie „Innere Sicherheit“. Davor war er über 12 Jahre in verschiedene Forschungsprojekten am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) tätig. Im Rahmen des Projekts InGe betreute er die Entwicklung und Umsetzung eines Meldeportals für Gewalterfahrungen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Einführung – Bedrohungen von öffentlichen Personen und Angriffe auf politische AmtsträgerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen

Peter Imbusch und Joris Steg

Die mediale Berichterstattung über Gewalt gegen PolitikerInnen – von der lokalen bzw. kommunalen über die Landes- bis hin zur Bundesebene –, über Angriffe auf Einsatzkräfte (z. B. Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst), das Personal in Bürokratie und Verwaltung (z. B. GerichtsvollzieherInnen, Jobcenter, Agentur für Arbeit) und auf JournalistInnen sowie über Gewalt gegenüber Lehrpersonen (LehrerInnen und WissenschaftlerInnen) hat in den letzten Jahren einen besorgniserregenden Umfang angenommen, der es angesichts der Veränderung des politischen Klimas in Deutschland, aber auch in Europa, nicht mehr erlaubt, diese Dinge als Ausnahmen oder zu vernachlässigende Begleiterscheinungen von bestimmten Randgruppen oder Subkulturen in einer ansonsten funktionierenden liberalen Demokratie zu deuten. Auch wenn die Studien über Angriffe und Gewalt gegenüber diesen Personengruppen bisweilen nicht repräsentativ, sondern häufig kleinteilig sind und nur einen bestimmten Ausschnitt der Realität und eine bestimmte Zielgruppe erfassen, konvergieren die Ergebnisse der Untersuchungen doch in einem zentralen Punkt: Aggressionen, Drohungen und physische Gewalt nehmen seit einigen Jahren offensichtlich oder im Verborgenen aller Orten zu und

P. Imbusch (✉) · J. Steg

Institut für Soziologie, Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal, Deutschland

E-Mail: pimbusch@uni-wuppertal.de

J. Steg

E-Mail: steg@uni-wuppertal.de

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2025

P. Imbusch und J. Steg (Hrsg.), *Bedrohungsanalysen*, Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration,

https://doi.org/10.1007/978-3-658-48152-0_1

unterminieren demokratische Gepflogenheiten, indem sie entweder wie ein schleichendes Gift wirken oder schockartige Reflexe auslösen. Die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigtengruppen des politischen und öffentlichen Lebens offenbart eine Polarisierung der Gesellschaft sowie Formen der Verrohung und Entzivilisierung, denen auf historisch informierter sowie auf theoretisch und empirisch fundierter Grundlage nachgegangen werden muss.

Das vorliegende Buch analysiert aus wissenschaftlicher, journalistischer und politisch-praktischer Perspektive das Phänomen der Bedrohung von und der Gewalt gegen PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen – ein Phänomen, das eine veritable Gefahr für die offene Gesellschaft und die Demokratie als Staats-, Regierungs- und Lebensform darstellt. Mit diesem Band wollen wir den Stand der Forschung reflektieren und dazu beitragen, Schlüsselfragen und -probleme bezüglich der Bedrohungslagen von unterschiedlichen öffentlichen Personenkreisen zu thematisieren, die Diskussionen darüber zu versachlichen und auf eine solide historische, theoretische und empirische Grundlage zu stellen.

Wird Gewalt gegen PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen angewendet, dann stellt sich zuallererst die grundsätzliche Frage, inwiefern, in welchem Ausmaß und aus welchen Gründen die Gewalt ansteigt. Hier wiederum ist zunächst zu klären, was Gewalt überhaupt bedeutet, was das allgemeine Gewaltverständnis ist und was eigentlich konkret geschieht, wenn von Gewalt gegen PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen die Rede ist. Was ist im konkreten Fall überhaupt Gewalt? Wann fängt etwas an, Gewalt zu sein? Und können schon vergleichsweise lapidare Dinge Gewalt sein? Hier taucht man zunächst tief in die Kontroversen sozialwissenschaftlicher Gewaltforschung ein, denn auch dort ist umstritten, was genau Gewalt ist und was als Gewalt gilt. Für die Fragestellung nach der Bedrohungs- und Gewaltproblematik von PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräften und Lehrpersonen kann man sich nicht allein darauf verlassen, was legalistisch als Gewalt definiert und festgelegt wird. Man kann sich jedoch auch nicht allein auf ein rein subjektives Verständnis, welches Gewalt überall dort sieht, wo ein Opfer etwas als Gewalt empfindet, beziehen. Weder die Delegation an staatliche Stellen noch die Überhöhung des Empfindens der Opfer ist wirklich zielführend, weil das dominante Gewaltverständnis gesellschaftlich ausgehandelt wird. Auch wenn jede und jeder zu wissen glaubt, was genau Gewalt ist und wann sie beginnt oder wo sie endet, so muss man doch wenigstens auf zwei Tatbestände hinweisen: Zum einen verändert sich das gesellschaftliche Gewaltverständnis im Laufe der Zeit, sodass bestimmte Dinge heute entweder neuerdings als Gewalt gelten oder eben auch nicht mehr gelten. In den letzten Jahren hat es beispielsweise

eine starke Ausweitung der sanktionsfähigen Tatbestände gegeben, die für Gewalt stehen. Zum anderen muss man darauf hinweisen, dass moderne Gesellschaften als Staatsgesellschaften keineswegs übermäßig zivilisierte und gewaltfreie Gesellschaften geworden sind. Gleichwohl ist in der (Mehrheits-)Gesellschaft doch eine beträchtliche Gewaltaversion und Sensibilität gegenüber Gewaltakten entstanden. Gewalt gilt gemeinhin – auch in ihren subtilen Varianten – nicht als akzeptabel und taugt normativ auch nicht als Mittel der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Folgt man den bisherigen Untersuchungen zur Problematik, so kann man zunächst allgemein feststellen, dass die Wahrnehmung von bestimmten Ereignissen als gewalthaft ein recht breites Spektrum umfasst. In Bezug auf die Bedrohungsproblematik hat es eine starke Erweiterung des Gewaltverständnisses gegeben. Denn es geht hier nicht nur um direkte physische Gewalt, wie sie sich etwa in einem körperlichen Angriff oder einem Angriff mit Waffen zeigt, sondern auch um Formen verbaler, psychischer und symbolischer Gewalt. Verbale und psychische Gewalt besteht beispielsweise aus Drohungen, Beleidigungen, Einschüchterungen und Hasskommentaren, symbolische Gewalt etwa aus bestimmten Dominanzgebärden, dem Anpöbeln oder Anspucken, dem wütenden Anschreien oder verachtender Gesten. Direkte physische Gewalt, welche die unmittelbare Integrität einer Person betrifft, kann neben dem Angriff mit Waffen, Faustschlägen oder Tritten auch schon im Wegstoßen und Wegschieben oder im Zerren an der Kleidung bestehen. Man mag manche Dinge davon für unwesentlich oder lässlich halten, übersieht dann jedoch erstens den Kontext, in dem die Gewalt stattfindet – in der Regel ein Kontext, in dem sie nicht botmäßig und schon gar nicht angebracht ist –, und zweitens auch das Ziel – in der Regel die Verletzung oder die Einschüchterung von Personen, um bestimmte Ergebnisse, welcher Art auch immer, zu erzwingen –, mit dem die Gewalt als eine Machttaktion ausgeführt wird. Weitgehend unumstritten ist jedoch, dass sowohl direkte physische Gewalt als auch subtilere Formen verbaler, psychischer und symbolischer Gewalt wie Drohungen, Beleidigungen oder Hassbotschaften die Unversehrtheit und Integrität einer Person beeinträchtigen können. Hier bedarf es dringender Aufklärung darüber, wie schwerwiegend die persönlichen Folgen für die jeweiligen Betroffenen konkret sind – und als wie schwerwiegend die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen, also die Folgen für das demokratische Gemeinwesen und das zivile Miteinander, zu bewerten sind.

Die Frage, ob die Gewalt gegen die von uns in den Blick genommenen Personenkreise historisch betrachtet tatsächlich zugenommen hat, ist empirisch nicht so leicht zu verifizieren, da in der Regel kaum valide Längsschnittdaten vorliegen. Jenseits medialer Berichte und anekdotischer Evidenzen wird jedoch in

offiziellen Daten – wie etwa der Polizeilichen Kriminalstatistik und den Verfassungsschutzberichten – ein deutlicher Trend sichtbar: die ermittelten Zahlen zu den Gewaltvorfällen weisen in den letzten Jahren deutlich nach oben.

Wenn also die Zahl der Gewaltvorfälle steigt, könnte dies prinzipiell auf ganz unterschiedliche Aspekte zurückzuführen sein. Der Anstieg könnte z. B. erstens wirklich Ausdruck einer realen Zunahme von Gewaltfällen sein. Zweitens könnte sich der (vermeintlich) reale Anstieg aber auch dadurch ergeben, dass sich die Erfassung der Gewalkategorien verändert hat und nun mehr Tatbestände als Gewalt eingestuft wurden oder Polizei und Sicherheitsbehörden intensiver kontrolliert haben und damit auf mehr Fälle als zuvor gestoßen sind. Dann hätte sich lediglich das Dunkelfeld ein wenig aufgeheit, ohne dass sich an den realen Fallzahlen zwingend etwas verändert haben müsste. Man wüsste nur besser Bescheid als zuvor. Drittens könnte ein Anstieg von Gewaltvorfällen auch das Resultat zunehmender gesellschaftlicher Sensibilisierung sein. Heute gilt beispielsweise viel mehr als Gewalt als noch vor ein paar Jahrzehnten und auch die Sicherheitsbehörden haben ihr begriffliches Gewaltrepertoire beträchtlich ausdifferenziert. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass es erheblich mehr Verdachtsfälle geben muss, die früher gar nicht als Gewalt aufgefasst wurden und einfach unter dem Radar geblieben sind. Schließlich muss – viertens – auch die mediale Berichterstattung in den Blick genommen werden. Wird medial stärker und vermehrt über Gewalt berichtet, dann steigt gewissermaßen automatisch die Wahrnehmung, dass es mehr Gewalt gäbe. Ohne valide Daten besteht also die Gefahr, dass es sich bei einer vermeintlichen Zunahme von Gewaltvorfällen nur um ein mediales Artefakt oder eine Wahrnehmungsverzerrung handelt, die dadurch zustande kommt, dass zwar häufiger über Gewalt berichtet wird, die Gewalt selbst aber nicht zwangsläufig zugenommen haben muss.

In Bezug auf die Gewalt gegen die von uns in den Blick genommenen Berufsgruppen sprechen jedoch alle Daten, Studien, Berichte und Indizien dafür, dass die Gewalt tatsächlich in gravierendem Ausmaß zugenommen hat. Gleichwohl muss berücksichtigt werden, dass sich die gesellschaftliche Sensibilisierung gegenüber Gewalt sowie die Gewalkategorien und der behördliche Umgang mit Gewalt verändert haben: Wenn es um Gewalt gegen PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen geht, rückt neben der rohen physischen Gewalt auch die verbale, psychische und symbolische Gewalt in den Blick. Als reales Problem ist die Gewalt gegen die oben genannten Personengruppen nicht nur an sich ein bedrohliches Phänomen, sondern ebenso wegen ihrer individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen.

Es stellt sich sodann die Frage nach den historischen Hintergründen und den gesellschaftspolitischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Ursachen der

zunehmenden Gewalt. Die bisherigen wissenschaftlichen Studien und höchst informativen Untersuchungen haben zwar gezeigt, wie sich die Bedrohungssituation bei einzelnen Gruppierungen darstellt und in welchem Ausmaß sie Gewalt erfahren, auch was Gewalt und Bedrohung jeweils konkret bedeuten. Aber sie lassen sich nur wenig über die konkreten Hintergründe und Ursachen für die aufgezeigten Bedrohungssituationen aus.

Unklar ist beispielsweise, ob oder inwieweit trotz der Unterschiedlichkeit der betroffenen Berufsgruppen und Personenkreise ein gemeinsamer gesellschaftlicher Hintergrund der Taten existiert und wie dieser gegebenenfalls zu fassen wäre. So könnte es beispielsweise sein, dass die Häufung von Bedrohungen und Gewalt gegen PolitikerInnen, JournalistInnen, Einsatzkräfte und Lehrpersonen in den letzten Jahren eher akzidentiellen Konjunkturen und situationalen Faktoren geschuldet ist oder sich an konkreten Zeitereignissen festmachen lässt, auf jeden Fall nicht oder nur schwer verallgemeinerbar ist. Diesen ‚Einzelfallanalysen‘ stehen jedoch soziologische Erklärungen gegenüber, welche in den politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen sowie in den vielfachen und vielfältigen Krisen der letzten Jahrzehnte verallgemeinerbare Aspekte hervorheben, die für diese Entwicklungen verantwortlich gemacht werden können: z. B. ein autoritärer Neoliberalismus; rauere Umgangsformen und verbrauchte Solidaritätsreserven bei größerem Individualismus; eine rohe Bürgerlichkeit; eine Zunahme gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit ihren unterschiedlichen Facetten und Auswirkungen; beträchtliche soziale Desintegrationserfahrungen aufgrund der ungehemmten Globalisierung; Legitimationsprobleme und Legitimitätsdefizite von staatlichen Einrichtungen; das Wiederaufleben autoritärer Haltungen bzw. die Zunahme libertär-autoritärer Einstellungen; rechtspopulistischer Hass und Fremdenfeindlichkeit; Ressentiments, Wut, Zorn und projektive Angst aufgrund von Ohnmachtserfahrungen und Gefühlen des Abgehängtseins.

Relevant ist gleichsam die Analyse der Täterstrukturen und Täterkontexte. Zwar mag es richtig sein, bei Gewalt verstärkt auf die Opfer zu schauen, aber gleichwohl darf man die konkreten Täter und Täterinnen nicht aus dem Blick verlieren. Hier ist jedoch keineswegs immer klar und eindeutig, wer eigentlich die genauen Tätergruppen sind, die hinter der Gewalt und den Bedrohungen stehen. Das liegt zum einen daran, dass die Täter häufig anonym (z. B. über das Internet oder soziale Medien) agieren und auch bleiben, sodass sie nicht für ihre Taten belangt werden können. Das trifft etwa speziell für Bedrohungen gegen PolitikerInnen zu – auch wenn bei Angriffen auf PolitikerInnen nicht selten ein klarer Verdacht besteht, wer hinter den Taten steht. Zum anderen entziehen sich die Tätergruppen manchmal wirklich einer eindeutigen Klassifikation